

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 31. August 1905.

№ 101.

Für den Monat September

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Corr.“ zum Preise von 22 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Aus dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben.

(Schluß aus Nr. 90.)

Obwohl dieser Artikel erst den Schlußteil der Gewerkschaftsübersicht für Juni und Juli bildet, soll laut Ankündigung in voriger Nummer unter Rundschau doch das Neueste vom Neuen mit Berücksichtigung finden: der Abfall der Lokalistin von der sozialdemokratischen Partei. Die lokalorganisierten Gewerkschaften, diese glühenden Hasser der „Zentralverbänderei“, haben Mitte der vorigen Woche in Berlin das Tischgespräch zwischen sich und der Partei definitiv zerhackt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften lokalistischer Oberhand haben als solche aufgeführt zu existieren. Es war eine von 3000 Personen besuchte Versammlung im Berliner „Feenpalast“, die nach einem Vortrage des „bekannten Konfusionsrates“, des „radikalen Konfusionsrates“ Dr. Friedeberg (wie die „Leipziger Volkszeitung“ ihn jetzt unter der Rubrik „Gewerkschaftsbewegung“ nennt, während er im vergangenen Jahre nach seinen Generalstreikvorträgen in den vorderen Spalten mit artigeren Komplimenten besetzt wurde) gegen nur 20 Stimmen und gegen nur eine Widerrede sich in aller Form von der Partei löst, welcher sich diese Leute stets wie feile Weiber an den Hals geworfen haben. Der „Vorwärts“ schrieb in seinem ersten Schreden von einer „Rundgebung“ gegen die Taktik und die Grundzüge unserer Partei“, an der man nicht achtlos vorübergehen könne; in der Sonnabendnummer aber erklärte er schon, daß es sich um eine feierliche Lossagung von der „dogmatischen Auffassung des Marxismus“ und der Sozialdemokratie handle, und daß die Versammlung im „Feenpalast“ eine bemerkenswerte und ernste Erscheinung bleibe.

Das meinen wir auch. Das heutige Ereignis ist nicht vergleichbar mit dem kläglich gescheiterten Coup der Unabhängigen vor 15 Jahren, nein, diesmal steht mehr auf dem Spiele. Und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß dieser im Feenpalast von Dr. Friedeberg ausgegangene neue Geist auf die 2980 anwesenden Lokalisten und Anarchisten konzentriert bleibt, sondern die übrigen 12000 Lokalisten in Berlin, die 5000 draußen im Reich, die Anarchisten der verschiedenen Richtungen und andere Leute mit wirren Köpfen und ihrem Phrasengehwasche werden gleich jenem Wittgilde des Fabrikarbeiterverbandes in gedachter Versammlung ebenfalls ganz entfusianisiert von der neuen Lehre sein. Der Anarchosozialismus (Dr. Friedeberg hat hoffentlich diese seine Erfindung schon zum Patente angemeldet) kann und wird seinen Weg durch das Land nehmen, denn die gegenwärtige Konstellation in der Arbeiterbewegung ist der Ausbreitung der Friedebergischen Lehre günstiger, als es die Zeit nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes für die Feuerköpfe der Unabhängigen war. Der Anhang des Dr. Friedeberg, der früher nur mittels der Krankenkassen die soziale Frage löben wollte und nun zum Höherpriester des Generalstreiks geworden ist, wird also von vornherein ein ganz anderer, ein größerer und geselligerer sein, als es das Häuflein der Unabhängigen vor 15 Jahren war.

Glauben wollen, jene Versammlung im „Feenpalast“ und deren Beschluß wäre ein Werk des Augenblicks und die Abstimmenenden wären sich der Tragweite ihres Handelns nicht bewußt gewesen, wäre eine Torheit; denn vor zwei Jahren fing Friedeberg mit der Verherrlichung des Generalstreiks und dem Verwerfen des Parlamentarismus an und konnte in besagter Versammlung nun nachweisen, wie methodisch sich seitdem die Dinge in seinem Sinne gestaltet haben. Wenn der Leiter der Feenpalastversammlung, der Kartellvorsitzende Th. Fischer, deshalb den „Vorwärts“ anranzt, derselbe habe in seinen beiden Artikeln vom Freitag und Sonnabend: „Anarchistische Phrasen“ und „Antiparlamentarischer Kritinismus“, auf nebenläufige Kraftworte den Hauptwert gelegt und ziemlich gewagte Schlüsse konstruiert, so setzt das der Unverschämtheit, mit der von jeder die Berliner Lokalistenführer den

„Vorwärts“ in ihre Botmäßigkeit zwangen, die Krone auf. Und wenn der „Vorwärts“ nach den klatschenden Ohrfeigen, die ihm die Rater und Fischer schon so oft verabreicht haben, auch in diesem kapitalen Falle seine letzte Hoffnung noch auf die bessere Einsicht jener Leute setzt, wie es nach Fischers Zuschrift wieder den Anschein hat, dann verdient er in der Tat die Einschätzung, die Wehring jetzt (aus anderen Gründen) ihm in der „Leipziger Volkszeitung“ zuteil werden läßt. Es ist nämlich zu bedenken, daß Friedeberg im Einverständnis mit dem lokalistischen Gewerkschaftsstarke seine noch zu besprechende Trennungsvorlesung verfaßte, die Rater mit der Bemerkung der Versammlung vorlegte, dem Proletariate müßten zur baldigen Erreichung seiner Ziele neue Wege gewiesen werden. Der Versammlungsleiter Th. Fischer, der dem „Vorwärts“ falsche Schlussfolgerungen vorwirft, war es am letzten, der die Anwesenden im Unklaren über das Ziel der neuen Fahrt lassen wollte. Er wir den „Vorwärts“ in die Hände bekamen, lasen wir schon in einem großen bürgerlichen Blatte, daß Fischer vor der Abstimmung über die Resolution auf die entstehenden Konsequenzen aufmerksam gemacht und betont habe, die Zustimmungen würden sich damit von der sozialdemokratischen Partei lösen; die Resolution würde dem Parteitag in Jena vorgelegt werden und die Konsequenzen hätten dann alle zu tragen. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb ja gleich, daß die Berliner Lokalorganisten sich in der Feenpalastversammlung von der Partei losgesagt hätten. Die Auffassung über jenen Beschluß ist also überall die gleiche; das Fischerische Schreiben kann daher nur den Sinn haben: Wir legen die von uns angenommene Resolution in Jena vor, auf Grund dieses Beschlusses wird man uns dann aus der Partei hinauswerfen; wir werden also die Gegangenen, werden Märtyrer unrer bessern Ueberzeugung sein.

Friedeberg selbst zeigte in seinem Referate über „Weltanschauung und Taktik des deutschen Proletariats“ eine wie große Lust jetzt zwischen ihm und den Grundzügen sowie der Taktik der sozialdemokratischen Partei gähnt. Mit großer Genugtuung konstatierte er, daß die gegenwärtige Diskussion über den Generalstreik bzw. die „verwässerte Form des politischen Massenstreiks“ in der Partei die Frucht der vorjährigen, von ihm herbeigeführten Generalstreiksvorträge sei. Allgemein sei die Ueberzeugung vorhanden, daß die Arbeiterbewegung eine neue Taktik zur Verwirklichung ihrer Ideale und Ziele einschlagen müsse, die Arbeiterbewegung sei eben krank an Haupt und Gliedern. Der Klassenkampfcharakter werde vernichtet, die Kampftaktik rückwärts revidiert, in den Gewerkschaften sei die Ruhe die Signatur des Klassenkampfes geworden. Die Partei habe sich in den parlamentarischen Firtelanz“ verloren, die Gewerkschaften seien dem „Neutralitätsbuisel“ verfallen. Der Marxismus in seinem erstarrten Dogmatismus sei nicht mehr ein Ansporn, sondern ein Hemmschuh für den Fortschritt des kämpfenden Proletariats geworden, die ganze gegenwärtige Taktik der Sozialdemokratie führe notwendigerweise zur völligen Versumpfung der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie habe den Sozialismus preisgegeben, ihr Erbe sei der Anarchosozialismus! In der Diskussion trat nur der Metallarbeitergewerkschaftler Dannenberg dem Dr. Friedeberg entgegen, derselbe Mann, welcher vor einem Jahre bei dem Vorbote zu der jetzigen Versammlung auch als einziger der Friedebergischen Tiraden widersprach. In einer langatmigen Resolution wird dann auf den Wahrscheinlichkeitsfall in Sachsen, Hamburg, Lübeck und Dresden, auf die Neutralitätserklärung der Gewerkschaften, die Abschwächung der Mafseier usw. hingewiesen, wird gesagt, daß die parlamentarischen Scheinfolge ein Verlegen aller revolutionären Ziele zur Folge gehabt haben; durch die dogmatische Auffassung des Marxismus sei ferner jahrzehntelang die revolutionäre Beeinflussung beseitigt und alle Kraft der allmählichen Umänderung der ökonomischen Verhältnisse zugewandt worden. Die Taktik einer schnelleren, endgültigen Erreichung der Ziele des Sozialismus sei aber dringend geboten; nicht das Parlamentieren mit den Gegnern und das Erringen von Augenblickserfolgen dürfe mehr im Vordergrund stehen. Durch die Neutralitätserklärung der Gewerkschaften habe das deutsche Proletariat in seinem Klassenkampfe den schwersten Schlag

erhalten. Der Klassenkampf sei aber kein politischer, sondern ein wirtschaftlicher und psychologischer, der durch Bildung von sozialistischen Kampforganisationen und die Heranbildung wahrhaft revolutionärer Elemente sein einheitliches Gepräge wieder erhalten könne. Der Kapitalismus könne nur gestürzt werden durch Entziehung und Verweigerung der Arbeitskraft seitens der proletarischen Klasse, was durch die Propaganda und die Herbeiführung des Generalstreiks und der Schaffung und dem Ausbau sozialrevolutionärer Gewerkschaften zu geschehen habe als der zurzeit wichtigsten Aufgabe des deutschen Proletariats.

Auch aus diesem stark zusammengedrängten Berichte und Inhalte der widerspruchsvollen und gedankenarmen Resolution, die das neue „Programm“ der am Grabe Pfeifers ihre Verbrüderung bereits vollzogenen Anarchisten und Lokalisten darstellt, ist für jeden klar, daß die Feenpalastversammlung, deren Besuch nicht von ungefähr so stark war, eine offene Kriegserklärung an die sozialdemokratische Partei in erster Linie und die freien Gewerkschaften in zweiter darstellt. Die letzteren werden sich dessen nur freuen, denn sie betrachten schon lange und namentlich seit der Hamburger Affordmaueraffäre die Lokalorganisationen als ihre geschworenen und gefährlichsten Feinde. Selbst auf die Gefahr hin, daß infolge des Generalstreik- oder Massenstreikums, zu dem Dr. Friedeberg den Ton angebe, dessen Weiterpinnung und Schürung aber einige Parteiblätter unter Führung der „Leipziger Volkszeitung“ auf dem Gewissen haben die (übrigens auch mit ihrer Einschätzung des Parlamentarismus nicht weit nachliehen, also wesensverwandt der neuen Sparte des Anarchosozialismus sind), selbst also, wenn in den freien Gewerkschaften sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch etliche finden, die von der neuen Heilslehre elektrisiert werden, können wir ob dieser Wendung der Dinge nur froh und wohlgenut sein, denn nun ist völlige Klarheit geschaffen.

Anderes steht es aber mit der Partei. Obwohl das Abschwenken zur anarchistischen Phrase bei den Lokalisten seit langem unverkennbar, hat die Parteileitung sich immer krampfhaft bemüht, die Lokalisten auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Gerade der „Vorwärts“ war der treibende Keil bei diesen Einigungsverhandlungen, gerade von dem Zentralorgane erhielten die freien Gewerkschaften als der große, unblutige Bruder, der dem kleineren gar nichts gönnt, öfters einen tüchtigen Klaps. Als im März v. J. dann die letzte Einigungsaktion vor sich gehen sollte, schrieb der „Vorwärts“ die bekannten Worte: „Wer im gegenwärtigen Augenblicke seine Privatwünsche zugunsten dieses Gedankens (des Einigungsgedankens. Red.) nicht zurücktreten lassen kann, ist ein Verräter an der Arbeiterfrage“. Die Lokalisten dachten aber gar nicht an das Aufgeben irgend eines Punktes ihrer starrköpfigen Ansichten, und die Gefährdung ging aus wie das Hornberger Schießen. Die „Einigkeit“ verhöhlte dann den Parteivorstand und dessen Vertreter Pfannuch wegen des „Einigungsrummels“ in der bestelbigen Weise, von der Deklaration als Verräter an der Arbeiterfrage wurde aber abgesehen. Daß diese Einschätzung der Lokalisten auch ohne die verunglückte Einigungskampagne gerechtfertigt gewesen, könnten wir mit den Heldentaten der Lokalorganisten ihren freigewerkschaftlich organisierten Arbeitsbrüdern gegenüber einzeln nachweisen, wenn der nötige Raum vorhanden wäre. Jetzt aber müßte man doch alle Rücksicht fallen lassen; tut man es nicht, so gewinnt eben die Ansicht an Nahrung, daß es in weiteren Kreisen der Partei ebenso ausschaut, daß also die Lokalisten nur ihren Mut der Ueberzeugung bewiesen, als sie aussprachen, was ist. Im „Norddeutschen Volksblatte“ ließ sich ja auch schon eine Stimme zugunsten Friedebergs und seines unentwärtigen Ideenknäuels vernehmen. In Hamburg haben diese Leute ja schon vor längerer Zeit beschloffen, ein eigenes Parteiorgan zu gründen, weil ihnen das „Hamburger Echo“ im Gegenjase zum „Vorwärts“ verschlossen bleibt.

Die Friedeberg und Genossen werden also ebenfalls den schon reichlich mit dräuenden Wolken behagungen Jener Parteitag beschäftigen. Was dabei herauskommen wird, haben wir schon vorhergehend gesagt. Denn die sozialdemokratische Partei kann die parlamentarische Aktion nicht aufgeben, sonst ist es aus mit ihr; sie kann sich auch

nicht für den Generalstreik — wir erachten den Begriff „politischer Massenstreik“ bekanntlich nur als eine Wortspielerei — erklären, denn in dieser Beziehung gelten für sie die gleichen Bedenken wie für die Gewerkschaften, welchen übrigens Vebel schon einmal (auf dem Erörterter Parteitag 1891) nach einer ähnlichen Richtung, nämlich gegen die Zungen und Antiparlamentarier, mit den Worten Ausdruck gab: „Eine Partei, die Millionen hinter sich hat, müsse vorsichtiger operieren wie eine solche, die keine Bedeutung und keine Verantwortung habe. Die Partei sei in der Lage einer Armee, die gegen einen übermächtigen Feind kämpfe, dessen Stellung sie nicht im Sturme nehmen könne, ohne sich die Köpfe einzurennen“. Ganz dasselbe, wenn auch mit anderen Worten, hat auch Bömelburg in Köln betreffs der Stellung der Gewerkschaften zur Generalfreistfrage gesagt. Die deutschen Gewerkschaften betreiben den Auf- und Ausbau ihrer Organisationen nach der altbewährten Methode, vom Fundamente an emporzuarbeiten und nicht vom Dache anzufangen. Sie berauschen sich nicht an dem „prächtigen Massentaumel“ eines Konrad Hänslich und auch nicht an der gleichzeitigen Probe der „direkten Aktion“ wie die Franzosen und die romanischen Schweizer, die gewerkschaftlich niemals aus den Kinderstühlen herauskommen werden.

Nach alledem kann es diesmal kein Verleihen mehr geben, denn diesmal haben die Sozialisten ihre letzten Gedanken nicht für sich behalten. Der sozialdemokratische Parteitag in Jena kann also nur sein Siegel unter die Loslösungsurkunde von der Union drücken, und dann können die Friedeburg und Genossen hinausstreiten, um für ihre Ideen eine Welt zu erobern. Ueber ihre Weite und ihre Zukunft werden dann später ein paar passende Worte zu verlieren sein.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat in den sieben Monaten dieses Jahres ein recht günstiges Gepräge gehabt. Stellen wir Vergleiche mit dem Vorjahre an, so zeigt sich, daß im Juli d. J. bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf 100 offene Stellen 109,5 Arbeitsuchende kamen, gegen 119,9 in demselben Monate des Vorjahres, im Juni 113,4 (124,1), Mai 119,7 (120,9), April 113,0 (118,2), März 110,2 (115,2), Februar 139,0 (144,0) und Januar 153,2 (161,5). Die Geschäftslage ist also eine zufriedenstellende.

An Streiks und Ausperrungen waren in Deutschland in denselben sieben Monaten zu verzeichnen: Im Juli 45 (1904: 53), Juni 78 (69), Mai 61 (52), April 49 (48), März 50 (63), Februar 19 (35) und Januar 14 (6). Bei diesen Zahlen kommen allerdings nur die in jedem Monate neu begonnenen Ausstände in Betracht. Diese Ziffern zugrunde gelegt, hätten in den vergangenen sieben Monaten sogar im Jahre 1904 noch zehn Streiks mehr (im ganzen 326) stattgefunden. Tatsächlich ist aber die Streikbewegung in diesem Jahre größer als 1904, das kommt namentlich in der Zahl der Ausständigen in Betracht. Ueber das Resultat dieser wirtschaftlichen Kämpfe werden wir in der nächsten Gewerkschaftsübersicht näheres bringen.

Aus der Genossenschaftsbewegung müssen wir zunächst ein Resümee über den zweiten Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (19. bis 21. Juni in Stuttgart) nachholen. In unserer Zeit, wo staatliche und kommunale Behörden sich von dem Gesetze der Mittelfröhen oder anderer, ihren Befähigungsnachweis glänzend erbracht Schamfacher betören lassen und offen gegen die Arbeiterkonsumvereine Stellung nehmen, war es ein erfreuliches Zeichen, daß die württembergische Regierung sowohl als auch die Stadt Stuttgart den Genossenschaftstag offiziell begrüßen ließen. Die längere Ansprache des Stadtvertreters war im besondern bemerkenswert, denn sie bildete eine freimütige Anerkennung der Notwendigkeit und der segensreichen Wirksamkeit der Konsumvereine. Die aus dem Norden erscheinenden Delegierten wurden daher durch diese Worte sehr warm und spendeten dem Dr. Reithich rauschenden Beifall für seine trefflichen Worte. Der Vergleich mit dem Vorjahre war auch ein zu drastischer: In Hamburg ließen sich die Vertreter der Republik mit geschäftlichen Abhaltungen entschuldigen, besaßen sich aber in Wirklichkeit, bei einer Hundbeausstellung den Eröffnungsrummel mitzumachen; in Stuttgart dagegen von Staat und Stadt eine so bemerkenswerte Aufnahme. Nun, die Genossenschaftsbewegung verdient auch in der Tat diese Beachtung. Alle Richtungen zusammen genommen, gab es am Schlusse des Jahres 1904 1800 Konsumvereine mit mehr als einer Million Mitgliedern und einem Jahresumsatz von einer Viertelmilliarde Mark. Ein Zwölftel des deutschen Volkes wäre also konsumgenossenschaftlich organisiert, und zwar ein Drittel von diesen Genossenschaftlern im Zentralverbande, der schon über 800 Vereine zählt. Es werden im September jetzt zwei Jahre, seitdem die Arbeiterkonsumvereine infolge des Ertragschen Schwabenschiedes auf eigene Füße gestellt wurden, zu ihrem Besten zur Selbstständigkeit gedrängt worden sind. Auch das Jahr 1904 hat den Beweis erbracht, daß es so, wie gekommen, nur der Genossenschaftsfrage von Nutzen war. Die Zahl der angeschlossenen Vereine erhöhte sich auf 760 (Zunahme gegen 1903: 11 Proz.), die Mitgliederzahl auf 649.585 (13 Proz.), Verkaufsstellen waren 1840 (15 Proz. mehr) vorhanden, die Zahl der beschäftigten Personen stieg auf 8281 (17 Proz.), die Höhe der Umsätze betrug sich auf 202.646.180 Mk. (15 Proz. mehr). Die selbstproduzierten Waren erreichten einen Wert von 17.092.086 Mk. (Zunahme 16 Proz.), die Reinüberschüsse beliefen sich auf

16.767.778 Mk. (14 Proz.), das eigne Kapital stieg auf 19.761.210 Mk. (11 Proz.), das fremde auf 24.827.286 Mk. (15 Proz.), der Buchwert des Grundbesitzes auf 25.846.440 Mk. (12 Proz.). Das sind Zahlen, die uns den Beweis erbringen, daß der Zentralverband der Konsumgenossenschaften auf dem besten Wege ist, sich in Deutschland zu einer volkswirtschaftlichen Macht zu entwickeln. Die Stuttgarter Tagung hat nun den Willen erkennen lassen, daß man um den weiteren organisatorischen Ausbau fröhlich bemüht sein will, daß aber alles nach einheitlichem Plane und in Anlehnung an den Zentralverband erfolgen sollte; für Separatgründungen solle es keinen Platz geben. Da es im nächsten Jahre in Stettin darüber zur definitiven Regelung kommen wird, kann jetzt von weiteren Ausführungen hierzu abgesehen werden. Mit der Schaffung einer Unterstützungskasse für die in den Genossenschaften Beschäftigten hat man in Stuttgart einen gar kühnen Schritt getan, der aber den besten Motiven entsprang. Da dieser Beschluß mit allen gegen 16 Stimmen angenommen wurde, braucht man den Bedenken wegen seiner Durchführung nicht allzuweit Spielraum lassen. Zudem soll ja diese Einrichtung auch obligatorisch sein, auch ist den beteiligten Gewerkschaften Sitz und Stimme im provisorischen Verwaltungsrate zugesichert worden. Es wird also für die Angestellten in den Genossenschaften eine Alters- und Invaliden-, eine Witwen- und Waisenversicherung geschaffen, zu der die Beiträge sowohl als die Unterhaltungen prozentual nach dem Einkommen bemessen werden. Als Beitrag werden sechs Prozent vom Gehalte erhoben, die Hälfte davon zahlt jedoch der beschäftigende Verein; es kann aber in besonderen Fällen bis zu zehn Prozent heraufgegangen werden. Sehr bedeutungsvoll waren ferner die Verhandlungen über die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses. Da gab es einen Nachklang an den Kölner Gewerkschaftskongress, der mitunter sehr schrill tönte. In Köln war über die Unternehmerpraktiken verschiedener Konsumvereine Fraktur geredet worden, und das gar nicht zu unrecht. Die Leitung der deutschen Genossenschaftsbewegung hat zwar stets eine höhere Auffassung in dieser Beziehung betundet und betätigt, aber die guten Beispiele steden ja meistens weniger an als die schlechten. Bei der rapiden Entwicklung der Konsumvereine und der Eigenproduktion — in zwei Jahren werden mehr als 10000 Personen beschäftigt werden — haben die Gewerkschaften ein ganz natürliches Interesse daran, auf diesem Gebiete für größte Klarheit zu sorgen. Deshalb mußte der fünfte Gewerkschaftskongress auch diese Frage behandeln, und wenn es dabei knarrte und nun in Stuttgart vernehmlich ein Gegenfeuer zu hören war, so ist das der ganzen Angelegenheit nur zuträglich, für bestimmte Leute allerdings eine bringende Mahnung zur Umkehr gewesen. Mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen wurde durch den Genossenschaftstag mit Einstimmigkeit ein für ersten günstiger Tarifvertrag zum Abschlusse gebracht. Ferner gab der Genossenschaftstag zu erkennen, daß er für weitere Tarifverhandlungen mit dem Handels- und Transportarbeiterverbände zu haben sei. Unseren Lesern ist ja bekannt, daß das Mißlingen dieser tariflichen Bestrebungen mehr auf Seiten der genannten Gewerkschaft liegt. Der Wädertarif ist noch nicht von allen Vereinen eingeführt; bei einzelnen soll dies deshalb nicht möglich sein, weil keine organisierten Bäcker in diesen Betrieben vorhanden sind. Dem einen wie dem andern könnte aber doch sehr leicht abgeholfen werden. Der Genossenschaftstag sprach zwar die bestimmte Erwartung aus, daß nach der Richtung sich bald alle Erwartungen erfüllen möchten, ein kräftigeres Auftreten hätte unser Meinung nach aber hier keineswegs geschadet. Beachtenswert war noch die Anwesenheit eines Vertreters des Zentralverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Konsumvereine entnehmen jetzt etwa neun Prozent ihres Gesamtwarenbezuges von dieser Vereinigung. Dieses Verhältnis ist noch nicht befriedigend; diese geschäftliche Verbindung muß eine bessere werden, damit auf diese Weise auch besser in die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse eingegriffen werden kann. Bei dem Protekte gegen jede Art von Umsatzsteuer gab es, wie schon in der vorhergehenden Uebersicht kurz mitgeteilt, für den Reichstagsabgeordneten Reus ein fürchterliches Donnerwetter.

Anschließend fand die elfte Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft statt, zu welcher jetzt 364 Vereine in einem festen Verhältnisse (als Gesellschaft) und 1000 andere in einem rein geschäftlichen stehen. Im vergangenen Jahre erzielte die Großverkaufsgesellschaft einen Umsatz von rund 33.930.000 Mk., das sind 28,3 Proz. mehr als in 1903. Um einen Produktionsfonds zu gründen, wurde die Dividende herabgesetzt. Das heißt unstrittig Projekt einer Seifenfabrik in Alen a. Elbe findet trotz der von Hinz und Kunz bereiteten Schwierigkeiten nun doch seine Verwirklichung. Der Kreisauschuß in Kalbe a. S. hat nämlich jetzt seine Zustimmung erteilt, nachdem die Großverkaufsgesellschaft einen Plan unterbreitet hatte, wonach die Abwässer geräuscht und geruchlos verdampft werden sollen. Der Polizeiverwaltung in Alen wurde aber die Befugnis erteilt, den Betrieb unter Umständen zu infizieren, die untern Erachtens wahre Fußangeln für den Genossenschaftsbetrieb sind. Besser soll in Hamburg ein Verwaltungsgebäude mit eigener Druckerei errichtet werden. (Die von dem Zentralverbande herausgegebenen Blätter „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und „Frauengenosenschaftsblatt“ haben eine Auflage von 6400 bzw. 16400 Exemplaren.)

Mit diesen beiden Tagungen war noch eine genossenschaftliche Warenausstellung verbunden. Außerdem wurde ein Verband der Vorstandsmitglieder der genossenschaftlichen Unternehmungen gegründet, dem sofort 118 Mitglieder beitraten. Das Organ der freizugewählten Handlungsgehilfen zeigt sich darüber sehr erdost, dieser Art Gewerkschafterei müsse beizeiten der Standpunkt klar gemacht werden. Wir könnten dem Blatte nicht ganz Unrecht geben, wenn es sich um eine Vereinigung mit gewerkschaftlichen Tendenzen und Zielen handeln würde, was nach späteren Erklärungen jedoch nicht der Fall sein soll. Sollte sich trotz dieser Versicherung die Sache doch als eine Gewerkschafts Spielerei entpuppen, so würden wir dieses neue Verbändchen für ebenso unnütz und überflüssig halten wie etwa eine Vereinigung der in Parteiverbindungen beschäftigten Buchdrucker.

Die in Hamburg vom 16. bis 18. Juli abgehaltene neunte Generalversammlung des Lagerhalterverbandes bildete die Bestätigung dafür, was vorhergehend über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis ausgeführt worden ist. Nach einer im vergangenen Jahre von dieser Organisation veranstalteten statistischen Erhebung, die sich auf 1010 Mitglieder erstreckte (1346 zählt dieser Verband überhaupt), haben nur 102 eine Arbeitszeit von unter 60 Stunden wöchentlich gehabt, dieselbe dehnt sich für 13 Mitglieder sogar auf mehr als 90 Stunden aus. Die Statistik soll besagen, daß gegen die Feststellungen der Vorjahre eher eine Verlängerung als eine Verkürzung stattgefunden habe. Bei den Lohnverhältnissen habe sich herausgestellt, daß eine Abnahme der Höchste, aber eine Zunahme der Mindestgehältern eingetreten wäre. Die Arbeitsverhältnisse seien überhaupt da am schlechtesten, wo die höchsten Dividenden gezahlt werden. Eine traurige, aber eine alte Wahrheit. Da die mit dem Zentralverbande der Konsumgenossenschaften getroffene Vereinbarung über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes in Differenzfällen der zwingenden Kraft entbehrt, so sei mehrmals ein Schiedsgericht gar nicht zustande gekommen. Das wäre also dieselbe Geschichte wie mit dem Wädertarife. Weil kein direkter Zwang ausgeübt wird, gibt es Driedeberger. Folglich muß ein Zwang ausgeübt werden, auch die schönsten platonischen Erklärungen wiegen zu leicht. Durch die Connewitzer Affäre ist der Lagerhalterverband ebenfalls um eine größere Summe erleichtert worden, selbstredend fand das die Generalversammlung wenig erbaulich. Mit dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen steht die Organisation der Lagerhalter von jeher auf keinem guten Fuße. Die Errichtung der Unterstützungskasse für die in konsumgenossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen wurde begrüßt und als die Erfüllung einer sozialen Pflicht bezeichnet. An den Mindestforderungen für Lagerhalter wurden geringe Abänderungen vorgenommen.

Ein genossenschaftliches Zeitungsunternehmen, der seit einem Jahre in Bodenem (Prov. Hannover) erscheinende „Landbote“, hat sein Erscheinen eingestellt. Es handelt sich um eine verfehlte Spekulation des Bundes der Landwirte.

Die Dresdener Tabakarbeiter haben die Errichtung einer Zigarettenfabrik auf genossenschaftlicher Grundlage beschlossen, weil die Zahl der noch ausgeperrten Arbeiter und Arbeiterinnen sich auf 400 beläuft; die Fabrikanten hätten zum Teile die Bedingungen des Friedensschlusses nicht erfüllt. Bei allem Mißgefühle mit den Opfern des Streiks müssen doch die größten Bedenken gegen dieses Unternehmen geäußert werden.

Der Spar- und Konsumverein Stuttgart feierte am 21. Juni als Abschluß des Genossenschaftstages sein vierzigstes Stiftungsfest. Er ist im Laufe der Zeit aus kleinen Anfängen zu einer stolzen Organisation von 22000 Mitgliedern geworden, der in seinen Kassen, Kontoren und Produktionszweigen 251 Personen beschäftigt. Der Jahresumsatz belief sich auf 6 1/2 Millionen Mark. Eine umfangreiche Festschrift führt uns den Werdegang dieser großen Genossenschaft in interessanter Weise vor Augen.

Ein liebes Mitglied hat die Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse für Deutschland — der Raiffeisenverband — für 1904 aufzuweisen, nämlich 455.000 Mk. Ueber die Ursachen dieser kolossalen Unterbillanz sind wir nicht genau unterrichtet. Es wirft aber ein sehr bedenkliches Licht auf die Zustände in dieser alten genossenschaftlichen Vereinigung, daß ein jetzt von dem Sohne des Gründers herausgegebenes Flugblatt der Verwaltung in Neuwied unklare Bilanzen sowie zu hohen Gehaltsbezug der oberen Beamten vorwirft; Raiffeisen jun. prophezeit auch einen allgemeinen Krach in diesem Verbands.

Bei der zweiten Münchener Schreinermeister-Produktionsgenossenschaft hat der Geschäftsführer größere Unternehmungen verübt.

Aus dem Lande Oldenburg kommt einmal eine sehr gute Botenschaft, was ja sonst von dort immer im Gegenteile zutrifft. In einem obdenburgischen Orte waren die Staatsbeamten in beträchtlicher Anzahl dem Konsumvereine beigetreten. Es wurde nun ein Einschreiten der Regierung erwartet. Diese erklärte jedoch, die Mitgliedschaft zu solchen Vereinen sei eine Privatangelegenheit der betreffenden Beamten, in die sich die Staatsregierung nicht einzumischen habe. Wenn auch Konsumvereine von Personen geleitet würden, deren sozialdemokratische Gesinnung bekannt wäre, so würden die Konsumvereine dadurch doch nicht politische Vereine, sondern sie blieben immer das, was sie sind: wirtschaftliche Vereinigungen. Ueber die Zugehörigkeit zu solchen Vereinen Vorschriften zu erlassen, wäre deshalb ungeheuer

bedenklich. Diesen vernünftigen Standpunkt der oldenburgischen Regierung sollten andere Staatslenker und falsche Staatsretter sich kräftig ad notam nehmen.

Eine genossenschaftliche Zeitungsexpedition hat eine größere Gruppe von schweizerischen Zeitungserlegern ins Leben gerufen. In allen bedeutenden Städten der Schweiz werden Filialen errichtet.

Eine sehr interessante Tagung war der Mitte Juni in Paisley bei Glasgow abgehaltene 37. Jahreskongress des britischen Genossenschaftsbundes, der von 1500 Genossenschaftlern besucht war. Da vorausgehend über den deutschen Genossenschaftstag berichtet wurde, so trifft sich eine Gegenüberstellung mit dem Bilde, das das englische Genossenschaftswesen bietet, recht glücklich. Der britische Genossenschaftsbund umfaßt 1637 Genossenschaften mit zweieinviertel Million Mitgliedern oder, wenn die Familienangehörigen eingerechnet werden, mit einem Personentum von zehn Millionen Köpfen. Der Jahresumsatz erreichte 1904 die Summe von 1837 Millionen Mark, der Reingewinn beziffert sich auf 207 Millionen. Die englischen Genossenschaften beschäftigen über 100000 Angestellte, 24000 davon in der Eigenproduktion. Die reinen Produktivgenossenschaften haben 34000 Mitglieder, einen Umsatz von 62 Millionen und einen Reingewinn von vierundeinhalb Millionen Mark. Mit der landwirtschaftlichen Produktion hat man schlechte Erfahrungen gemacht, es ist deshalb die Errichtung einer Landerverbändgenossenschaft als aussichtslos aufgegeben worden. (In Italien verlangte dagegen der Genossenschaftsbund die Ueberlassung des wenig oder gar nicht bebauten Landes an die Arbeitsgenossenschaften zum genossenschaftlichen Landbau.) Ueber die Erfolge der Erziehungs- und Bildungsbestrebungen herrscht hingegen größere Befriedigung, auch mit der Wohnungsbeschaffung; 130 Millionen Mark sind bereits für die Herstellung von Wohnungen ausgegeben worden. Die Genossenschaftspresse umfaßt drei Haupt-, drei Distrikts- und 33 Blätter von einzelnen Vereinen. Die englischen Genossenschaftler sind also auch in dieser Beziehung den Gewerkschaftlern gegenüber weit fortgeschrittener. Der Sekretär des schweizerischen Konsumvereinsverbandes, Dr. Hans Müller, hielt bei diesem Kongresse die Eröffnungsrede. Dieses auffallende Zurücktreten der Engländer hatte aber seinen guten Grund, denn Müller ging mit seinen Ausführungen weit über das Mögliche hinaus. Ausschaltung des Profites im ökonomischen Austauschprozesse bedeute die Befreiung der Arbeit, sagte er. Nicht die Monopolisierung der Produktionsmittel durch die bestehenden Klassen, sondern der Mangel einer Organisation der kausenden Massen begründe die Uebel der heutigen Wirtschaftsweise. Die soziale und ökonomische Evolution sei der gescheiteste Vorgang, es sei die Revolution in Haus und Familie. Der diesjährige englische Genossenschaftstag beansprucht insofern noch größere Bedeutung, als Klarheit über die wesentlichlich verlangte politische Stellungnahme der Genossenschaften geschaffen wurde. Nach lebhafter Debatte wurde die Verbindung mit irgend einer politischen Partei mit großer Mehrheit als schädlich bezeichnet und die politische und religiöse Neutralität der Genossenschaftsbewegung von neuem sanktioniert. Die Genossenschaftler sollten aber danach streben, einen politischen Einfluß zu gewinnen; doch dürfe, wie der Präsident nachdrücklich betonte, nicht die Politik in die Genossenschaftsbewegung, sondern das Genossenschaftsziel müsse in die Politik getragen werden. Also auch die englischen Gewerkschaftler hielten an ihrer traditionellen Unabhängigkeit fest.

In Sydney (Australien) wollen Straßenbahnbedienstete ein genossenschaftliches Straßenbahnunternehmen begründen. Da wird wegen Mangel an Kapital wohl der Wunsch der Vater des Gedankens bleiben. Km.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Vereinsversammlung vom 16. August ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kollegen Emil Heinrich, Franz Kuszewski und Gust. Reiche in der üblichen Weise. Herzliche, tiefempfundene Worte widmete der Vorsitzende dem Andenken des verstorbenen Kollegen Ritschke, dem Verwalter des Leipziger Hauses, dessen Ableben ein herber Verlust für den Verband und speziell für den Leipziger Gau bedeutet. Ueber Punkt 1 der Tagesordnung: „Besprechung über Erweiterung der Vereinsgeschäfte“, referierte Kollege Massini. Seit ungefähr zehn Jahren habe sich die Mitgliederzahl des Berliner Vereins mehr als verdoppelt. Die vorhandenen Einrichtungen sowohl der Verwaltung als wie der Vereinsgeschäfte haben mit der Entwicklung des Vereins nicht Schritt gehalten und sind der Bedeutung desselben nicht mehr entsprechend, wenn man auch versucht habe, durch statutarische Veränderungen die Vereinsaktivität teilweise in anderer Form zum Ausdruck zu bringen. Ein bestimmtes Programm hinsichtlich der Erweiterung der Verwaltung ist noch nicht abgeschlossen, aber in einer der nächsten Versammlungen werde der Vorstand Vorschläge unterbreiten, welche in nützlicher Weise die zweifellos notwendige Aenderung der Verwaltungsgeschäfte herbeiführen. Wie aus jeder Bewegungstatsistik hervorgeht, werden von Jahr zu Jahr größere Summen notwendig zur Unterstüßung der konditionslosen sowie der vorübergehend erwerbsfähigen Kollegen. Zwei Verpflichtungen seien bei der hier zu bewältigenden Arbeitslast im Auge zu behalten. Erstens dürften die auf der Verwaltung tätigen Kollegen nicht überanstrengt werden und zweitens darf den Kollegen, welche die Verwaltung

besuchen müssen, nicht zu viel zugemutet werden. Am Sonnabend und Freitag sei der Anbrang ein gewaltiger. Mehr als 500 Personen harren der Abfertigung und die Luft wird gerade nicht verbessert durch das Zusammenbrängen dieser Fülle von Menschen auf einen verhältnismäßig kleinen Raum. Das sind Zustände, die sich die Bewohner eines Privathauses auf die Dauer nicht gefallen lassen können. Die innere Einrichtung der Verwaltung ist heute noch dieselbe wie früher. Seit einigen Jahren werden die Bücher getrennt geführt und das Expeditionspersonal verstärkt, aber das reiche heute nicht mehr aus und gebietert sich mache sich eine Aenderung notwendig. Mit diesen Fragen habe sich der Vorstand zunächst zu beschäftigen und das Resultat werde in einer der nächsten Versammlungen vorgelegt werden. Heute sei es die Erweiterung der Vereinsgeschäfte, worüber die Versammlung sich zu äußern habe. Die Entwicklung der einzelnen Branchen habe es mit sich gebracht, daß es dem Gauvorstande immer schwieriger werde, mit den erweiterten Verhältnissen in Konnex zu bleiben. Vor zehn Jahren hatten die Sparten nicht den Umfang und die Bedeutung wie heute, so sind z. B. die Maschinenseker erst durch die fortschreitende Entwicklung der Technik in den letzten Jahren in den Vordergrund getreten, und auch die Sparten der Drucker, der Stereotypen und in letzter Reihe der Korrektoren sind erst seit einigen Jahren organisatorisch von Bedeutung. Kombinierte Sitzungen mit den Vertretern der Branchen genügen nicht immer. Für die bevorstehende Tarifberatung sei es aber notwendig, ein einheitliches Programm in die Wege zu leiten. Der Gauvorstand will mit sämtlichen Vorständen alle vier Wochen je eine Sitzung abhalten und erachtet es als notwendig, die Beschlüsse dieser Sitzungen in die Versammlungen zu tragen. Jeder einzelne glaubt ein Anrecht darauf zu haben, im Tarife ein Unterkommen zu finden, und wir müssen uns klar sein, welche Anträge zur Tarifberatung zu stellen sind. Von großen Gesichtspunkten müssen wir ausgehen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Fortschritte der Technik. In zweiter Linie sei es notwendig, im Hinblick auf die gewaltig gestiegene Mitgliederzahl des Berliner Vereins eine Annäherung der Mitglieder im allgemeinen in die Wege zu leiten. Bis jetzt haben wir nur ein einziges Fest, das Stiftungsfest, welches die Kollegen jährlich einmal zusammenbringt. Das müsse geändert werden und dem Wissenswille und Bildungsdrange der Mitglieder müsse in weitestem Maße Rechnung getragen werden. Eine Aenderung im Versammlungsweisen sei notwendig, die statutarischen Gauversammlungen genügen nicht mehr. In denselben können Vorträge von wissenschaftlicher Bedeutung nur sehr selten gehalten werden. Deshalb solle sich der Gauvorstand genötigt, die Einrichtung von Vortragsabenden in die Wege zu leiten und in den verschiedenen Gegenden Berlins und Umgegend alle Vierteljahre je einen Vortragsabend, also mindestens sechs pro Quartal, abzuhalten, alle mit demselben Programme. Nach dem Vortrage Aussprache über die verschiedenen Gegenstände des gewerblichen Lebens, denen man sich in den Gauversammlungen nicht so speziell widmen könne. Dazu gehöre auch der weitere Ausbau unserer Mitteilungen, welche Aufsätze instruktiver Natur enthalten sollen, damit dem wirtschaftlichen Fortschritte das notwendige geistige Band nicht fehle. Die materielle Seite kommt im Hinblick auf das gesteckte Ziel kaum in Betracht. In der sich anschließenden Diskussion wurde vor allem die Anregung begrüßt, daß Einrichtungen geschaffen werden sollen, welche der großen Mitgliederzahl Rechnung tragen. Vorstand, Verwaltung und Versammlung bieten noch das selbe Bild wie vor Jahren, wenn auch die Gauversammlungen gewissermaßen Delegiertenversammlungen geworden sind, zu denen die einzelnen Offiziere ihre Vertreter entsenden; das entspreche doch nicht mehr der Größe und der Würde des Vereins. Andererseits sei aber auch eine Anzahl Kollegen vorhanden, die durch ihre Arbeitszeit verhindert sind, an den Versammlungen teilzunehmen, darum sei zu wünschen, daß die Quartalsversammlungen eine andre Gestalt bekommen. Sie mühten des Sonntags abgehalten werden, damit auch diesem nichtumbeträchtlichen Teile unserer Kollegschaft, bestehend aus den Zeitungserlegern, Druckern, Stereotypen und Korrektoren, Gelegenheit gegeben wird, sich mehr am Vereinsleben zu beteiligen. Diesen Ausführungen wurde widersprochen, weil der Zweck der Vortragsabende dadurch verloren gehe und derartige Versammlungen den Charakter von Generalversammlungen annehmen, welche nur bei wichtigen Fragen einberufen werden können. Die Vortragsabende sollen nicht das Recht haben, Beschlüsse zu fassen; dies müsse den großen Versammlungen überlassen bleiben und den Delegiertenversammlungen, zu denen nur Delegierte zu entsenden seien, und nicht wie bis jetzt jeder einzelne Kollege erscheinen kann. Dadurch wird der Vertretung der Kollegschaft eine erhöhte Bedeutung beigelegt. Und nur die Zukunft könne ergeben, ob sich die neu geschaffenen Einrichtungen bewähren werden. Hand in Hand damit müsse die Berichterstattung auf den Mitteilungen gehen. Dem „Corr.“ mühten alle Nachrichten wöchentl. zugehen, damit dieselben nicht veralten und ihren Zweck verfehlen. In seinem Schlußworte beleuchtete der Referent noch einmal den Zweck und Nutzen der Vortragsabende. In denselben werde das geistige Leben innerhalb der Kollegschaft in weitestem Maße geweckt und erhalten; weit besser wie bisher könnte man sich den Ausführungen der Fachpresse widmen und alle Bewegungen der gesamten Arbeiter-

schaft auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete genauer verfolgen. — Die Abrechnung vom Jahresabschluss ergab bei einer Einnahme von 2526 Mk. und einer Ausgabe von 3066 Mk. ein Defizit von 450 Mk. Unter Vereinstellungen berichtete der Vorsitzende über die Firma D. Elsner, welche an den Seznamajinen Doppelschicht eingeführt hatte und für die Tageslohn eine neunstündige, für die zweite Schicht eine achtstündige Arbeitszeit verlangte. Das Personal bestand auf achtstündiger Arbeitszeit in beiden Schichten, wie sie usually nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland ist, kündigte ordnungsgemäß und zog die Konsequenzen. Die Firma stütze sich auf den Tarif, der jedoch nichts über die Arbeitszeit in Doppelschicht enthält. Das als Einigungsamt angesehene Schiedsgericht empfahl der Firma, sich dem überall vorhandenen Usus anzuschließen. In der Reichsdruckerei wurden kürzlich sieben Kollegen gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangel. Da ein solcher Grund in einem derartigen staatlichen Betriebe wenig glaubhaft erscheint, so ist nur anzunehmen, daß die Direktion unter den Getönligten die Urheber jenes Artikels vermutet, der seinerzeit im „Corr.“ stand und in welchem kritisiert worden war, daß die Reichsdruckerei sich weigerte, den zweiten Feiertag, an welchem gearbeitet worden war, ordnungsgemäß zu bezahlen. Das Tarifamt beschäftigte sich mit der Angelegenheit und erfolgte daraufhin die tarifmäßige Bezahlung der Feiertagsarbeit. Einer herben Kritik wurde ein Zirkular der Firma Giese & Weinberg unterzogen, in welchem dieselbe den Buchhändlern mitteilt, daß sie durch Aufstellung einer Linotypsetzmaschine in der Lage sei, Wert- und Zeitungssatz fünfzehn Prozent unter dem Tarife des Handsetzes zu liefern. Ueber eine kolossale Preisunterbietung wird von der Firma Reinhold Kühn berichtet, welche amtliche Arbeiten (es handelt sich um Volkszählungskarten) 20000 Mk. billiger herstellt als andere Firmen am Orte. Bei dem Preise von 92000 Mk. entfallen allein 72000 Mk. auf das Papier. Man kann sich also denken, wie das Personal bei derartigen Preisdrucker ausgenutzt wird. Das ist dieselbe Firma, bei der im vorigen Jahre unsere Kollegen ihre Plätze verlassen und welche noch heute für Verbandsmitglieder geschlossen ist. Die damals beantragte Streichung aus dem Tarifverzeichnis wurde leider abgelehnt. Vielleicht schließt sich die Prinzipalität jetzt dem Vorgehen der Gehilfenschaft an und beantragt die Streichung der Firma. Als Illustration für die Schädigung der Berliner Verhältnisse durch die Buchdruckerei in Jossen wurde angeführt, daß in einer hiesigen Druckerei den Kollegen zugemutet wurde, statt des Hundertzellenpreises von 4 Mk. ein Wert für den Preis von 3,58 Mk. für hundert Zeilen herzustellen, sonst gehe die Arbeit nach Jossen. Auch sei es vorgekommen, daß russische Seker unter falscher Flagge gesucht werden, und zwar von der Firma Levent. Die sich Meldenden würden dann einfach nach Jossen verwiesen. Man sieht, es ist hohe Zeit, daß Jossen bei der Tarifberatung einen Votanzschlag bekommt. Ein Redner führte aus, es habe den Anschein, als ob die Jossener Druckerei Utiengeellschaft verschiedener Berliner Prinzipale sei. Nach der von dem Maschinensekervereine herausgegebenen Broschüre werden in Jossen, wo vierzehn Seznamajinen stehen, an jeder Maschine etwa fünfzehn Ueberstunden gemacht. Gegen ein derartiges Ueberstundenwesen sei ein energischer Protest notwendig, der aber vom Obergang ausgehen müsse. Es wurde betont, daß die von außerhalb kommenden Kollegen vor Annahme jeder Kondition sich erst bei den zuständigen Funktionären zu erkundigen hätten, um sich vor Schäden zu bewahren. — Ausgetreten die Seker Paul Ebert und Julius Nowotnik, beide wegen Berufsveränderung, der Seker Willy Puhmann mit Resten. Ausgeschlossen Dr. Herm. Naumann und Seker Otto Kramer nach § 5 b des Statutes. Invalide geworden Seker Paul Tuxpe.

w. Freiburg i. Br. Herr Dilger, gegen den wir uns kürzlich zu wehren gezwungen waren, hat natürlich an unserm Artikel vieles auszusagen. Sowohl die Verbandsversammlung wie auch der Vorstand in seiner Gesamtheit können indes nicht finden, daß darin Unwahrheiten enthalten sind. Höchstens noch ergänzend nachzutragen, daß bis jetzt nur bei einem Lehrgang die Leszeit nicht angerechnet wurde, und daß bei diesem längere Krankheit und sonstige längere Abwesenheit vom Geschäft in Betracht kamen. Im übrigen hat Herr Dilger versprochen, in Zukunft für Einhaltung des Tarifes besorgt sein zu wollen.

w. Freiburg i. Br. Etwas Abwechslung in unser Vereinsleben brachte die am 12. August abgehaltene Versammlung. Sah sich der Vorstand doch veranlaßt, den Punkt „Verband und Korrespondenz“ nach den Anschauungen der Führer des christlichen graphischen Verbandes in Freiburg und Stellungnahme hierzu“ auf die Tagesordnung zu setzen. Anlaß hierzu gaben einige Meinungen, welche die beiden Vorstandsmitglieder der christlichen graphischen Gewerkschaft (dieselbe setzt sich zusammen aus Angehörigen der verschiedenen graphischen Berufe), die Herren Schriftseker Vater und Felder, getan haben. Die in der christlichen graphischen Gewerkschaft organisierten Buchbinder und die Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes beabsichtigen gemeinsam eine Lohnbewegung durchzuführen. Gelegentlich der Beratungen hierzu mußte natürlich auch der Buchdruckerverband wieder nach mehreren Richtungen hin als Beispiel dienen. In einer dieser Sitzungen machten nun die genannten Herren Ausführungen in bezug auf unsern Verband, die wir als absolut nicht zutreffend bezeichnen müssen, und die wir uns daher nicht ohne weiteres gefallen lassen konnten. Daß die

freien Gewerkschaften insgesamt und der Buchbinder- und Buchdruckerverband im besondern einfach als „sozialdemokratisch“ bezeichnet wurden, ist man von diesen Herren ja längst gewohnt, so daß man sich darüber nicht mehr aufzuregen braucht. Auch der Vorwurf: „Der Verband sei nicht neutral“, wird von jener Seite bei jeder Gelegenheit erhoben, ohne daß bis jetzt der Beweis für diese Behauptung erbracht worden wäre. Herr Maier aber stellte außerdem noch die Behauptung auf: „Ein Christ könne nicht Verbandsmitglied sein, denn entweder sei er gezwungen, sein Christentum zu verleugnen, um Verbandsmitglied zu sein; oder aber er heuchle, christlich gesinnt zu sein, während er es in Wirklichkeit nicht sei. Er als christlich gesinnter Mann könne daher dem Verbandsmitglied angehören.“ Auf ergangene Einladung hin waren beide Herren in unserer Versammlung erschienen, außerdem der Vorsitzende nebst einem weiteren Mitgliede der Geschäftsstelle des Deutschen Buchbinderverbandes. Kollege Deinert als Referent hielt den Herren ihre Sünden vor und nahm den Verband gegenüber den von jener Seite erhobenen Angriffen in Schutz. Unterstützt vom Vorsitzenden, wurden die Herren namentlich auf die Vorkommnisse der letzten Zeit hingewiesen; daß namentlich das Karlsruher Stifftungsfest wieder bewiesen habe, wie wir von sozialdemokratischer Seite wegen unserer Stellung im Organisationsleben angegriffen wurden, und daß z. B. das Zentrumsbuch „Wachwacht“ unsere Neutralität anerkannt habe. In ihren Verteidigungsreden gaben die Herren nach anfänglichem Ableugnen schließlich zu, die ihnen vorgehaltenen Neußerungen getan zu haben und erkannten auch die Neutralität des Verbandes bis zu einem gewissen Grade an, erklärten aber, trotzdem auf ihrem Standpunkte beharren zu müssen. Als Beweis, daß der Verband „sozialdemokratisch“ sei, wurden vor allem die Reden Bömelburgs und Legiens auf dem Köhler und auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongresse zitiert und das Fehlen jeglichen Widerspruchs betont. Ebenso hätte unsere Generalversammlung in Dresden es unterlassen, dagegen Front zu machen. (Das ist nicht wahr. Kollege Döblin hat ausdrücklich in Dresden sich gegen die in Köln getanen Neußerungen verwahrt, auch der Kollege Müller-Essen, und wie wir darüber denken, ist gemeinlich bekannt. Wenn trotzdem die Herren aus den deplazierten Redensarten Bömelburgs und Legiens Kapital schlagen und die schwierige Stellung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nicht anerkennen wollen, so kann es nur auf Unkenntnis oder Böswilligkeit zurückzuführen sein. Redaktion.) Zum Beweise, daß im Verbands die Neutralität nicht hochgehalten wird, wurde angeführt, daß ein Verbandsmitglied, welches an einem Ausfluge des christlichen graphischen Kartells teilgenommen, vom Vorsitzenden dieserhalb gerügt wurde. Sodann wurde betont, es würden bei den Wahlen zu Gewerbegerichten, Handwerkskammern, Krankenkassen usw. unsererseits nur Sozialdemokraten zur Wahl vorgeschlagen. Herr Felber führte als weiteren Beweis die Ausführungen des Kollegen Friedrich auf der Frühjahrsvollversammlung an, wo Kollege Friedrich sagte: „... Als neutrale Gewerkschaft wollen wir keinem unserer Mitglieder verbieten, sich der ihm zufugenden politischen Partei anzuschließen, aber in gewerkschaftlicher Beziehung können und müssen wir von unseren Mitgliedern verlangen, daß sie sich nicht von den christlichen Gewerkschaften ins Schleppjahn nehmen lassen, sondern namentlich bei den hier in Betracht kommenden Wahlen zu den Krankenkassen, Handwerkskammern, Gewerbegerichten, zu den Landesversicherungsanstalten sich streng an die gegebenen Verhältnisse halten und für die Liste der freien Gewerkschaften eintreten. Niemals aber könne es gebildet werden, daß Verbandsmitglieder sich von den christlichen Gewerkschaften vorschlagen und wählen lassen, oder daß sie gar für solche agitierten.“ Herr Felber nannte diese Ausführungen „sozialdemokratisch“ und führte an, daß bei richtiger Neutralität es einem Verbandsmitgliede auch erlaubt sein müsse, für die christlichen Gewerkschaften zu agitierten, statt dessen seien aber schon Mitglieder, welche solches getan hätten, ausgeschlossen worden. Als der Redner aber als weiteren Beweis für mangelnde Neutralität im Verbands anführte, daß bei den Buchdruckern auch eine von einem Komitee mit Sozialdemokraten an der Spitze veranlaßte Petition an den Stadtrat wegen Errichtung eines Volksbades zirkuliert habe und unterschrieben worden sei, war es mit dem Ernste der Versammlung vorbei, und ein allgemeines Gelächter zeigte die Wirkung dieser Argumente. Es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, den ganzen Verlauf der zweieinhalbstündigen Debatte hier wiederzugeben. Selbstverständlich war es unseren Rednern ein leichtes, alle diese „Beweise“ gründlich zu widerlegen. Die Herren wurden belehrt, daß sowohl sofort in Köln wie auch in Dresden die Ausführungen Bömelburgs und Legiens Widerspruch fanden. Dem an einem Ausfluge der „Christlichen“ teilnehmenden Verbandsmitgliede wurde Vorhalt deswegen gemacht, daß es wohl Zeit und Geld für einen solchen Ausfluge habe, nicht aber um die Verbandsversammlungen zu besuchen. Auf die Frage, was mit einem Mitgliede der christlichen Gewerkschaften geschehen würde, wenn es für die freien Gewerkschaften agitierte, blieben die Herren die Antwort schuldig. Unter allgemeiner Zustimmung wurde betont, daß gegen die Ausführungen der Herren, „daß ein christlicher Arbeiter nicht Mitglied des Verbandes sein könne“, entschieden protestiert werden müsse, daß vielmehr eine ganze Anzahl christlicher Männer im Verbands organisiert sind, die sich sehr wohl darin befinden. Diese Heuchler zu heißen, könne nicht gebildet werden. Mit

Recht konnte der Referent in seinem Schlußworte betonen, daß die Herren für ihre Behauptungen nicht den geringsten Beweis erbracht und daß der Verband trotzdem als neutral gelten müsse und neutral bleiben werde. Wenn wir auch wissen, daß es nicht möglich war, unsere zwei Gegner zu überzeugen, weil sie sich nicht überzeugen lassen wollten, so dürfen wir doch befriedigt auf die von 150 Mitgliedern besuchte Versammlung zurückblicken schon im Hinblick darauf, daß den christlichen Herren auch nicht der geringste Beistand aus der Mitte der Versammlung erstanden ist, und daß wir bestärkt wurden in der Zuversicht, daß bei den Buchdruckern, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, für die christlichen Gewerkschaften keine Sympathie vorhanden ist.

Greiz. In der am 20. August in Neustadt-Waltersdorf abgehaltenen Wanderverversammlung getragte unter „Tarifliches“ das lebhafteste Interesse eine Notiz aus Greiz (enthalten in der „Deutschen Buchdrucker-Zeitung“ vom 30. Juli), in welcher das tarifwidrige Verhalten seitens der Firma Wölffler & Co. („Greizer Zeitung“) beleuchtet und, wie es scheint, auch von Prinzipalseite eine baldige Milderung herbeigewünscht wird. Von unsern lieben „Freunde“ Ernst Büchner in Greiz ist noch pflichtschuldigst zu vermelden, daß dem Vernehmen nach Kletterin in der Rot, das „Fräulein Seperin“, nach zweiwöchigem Gastspiele in Herrn B.S. „trauter, wechselliebende“ des Typensanges schon müde und den Versuch geübt hat!?! Der von Herrn B. kürzlich angelegte Plan, dem Handwerke seinen „goldenen Boden“ wieder zu verschaffen, sei für diesmal gescheitert. Um der buchdruckerlichen „Sachjüngerei“ der Nachbarstädte etwas nachzuspüren, waren auch die Verbandskollegen von Reichenbach und Neustadt auf dieser Wanderverversammlung eingeladen, aber trotz der ausgeprochenen Differenz bei Haun & Sohn in Reichenbach i. B. (siehe die betreffende Korrespondenz in Nr. 90) glänzten die Kollegen der beiden Orte auch diesmal durch Abwesenheit. Nach Erledigung verschiedener Interna und Neuanschaffungen für die Bibliothek beauftragte man den Vorsitzenden, behufs eines Referates für eine spätere Versammlung sich mit dem Gauvorstand ins Einvernehmen zu setzen.

Bezirk Koburg. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung wurde am 20. August im Restaurant „Zum Gänbrunn“ in Schleusingen unter äußerst zahlreicher Beteiligung der Mitglieder abgehalten. Zu derselben waren auch Gauvorsitzer Palm-Weimar und einige Gäste aus Jmenau erschienen. Der Bezirksvorsitzende Kaufschert-Koburg eröffnete die Versammlung und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls sowie der Berichterstattung der einzelnen Vertrauensleute in den Druckorten des Bezirks referierte Gauvorsitzer Palm kurz über Gantag und Generalversammlung. Redner ging in seinen Ausführungen auf die Verbandsstreitigkeiten, „Corr.“-Frage, Tarifrevision, Gegenseitigkeit mit ausländischen Verbänden, Hilfsarbeiterfrage, Umzugskosten, Witwenpensen, Steuerabgaben, Spartenfrage usw. ein, so daß sein mit reichem Beifalle aufgenommenem Vortrag doch eineinhalb Stunden in Anspruch nahm. Der Vorsitzende Kaufschert-Koburg erstattete anschließend den Bericht über die kürzlich in Weimar stattgefundene Bezirksvorsitzendenkonferenz. Bei der vorgenommenen Wahl des Bezirksvorsitzenden wurde der jetzige einstimmig wiedergewählt. Für den Kasinenbericht vom ersten und zweiten Quartale 1905 erteilte die Versammlung dem Kassierer Decharge. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung ist Weimingen bestimmt worden. Eine größere Debatte ergab die Jahrgeltensatzabgung, welche mit Annahme des vom Vorort gestellten Antrages auf volle Vergütung endete. Nachdem die Lehrlingsfrage und die Nichtinbezahlung des Tarifes seitens der Gutenbergsbinder besprochen und einzelne interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Leipzig. (Maschinenmeisterversammlung.) In der am 18. August im „Schloßkeller“ abgehaltenen, gut besuchten Versammlung gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Gauvorsitzers Wilhelm Ritschke, und erhob sich die Anwesenden zum Zeichen des Dankes für die Mitarbeit, welche unser verstorbenen Vorkämpfer in unserm Verbands geleistet hat, von den Plänen. Unter „Kommissionsbericht“ gab der Vorsitzende bekannt, daß unsere Beschwerden an den Gauvorstand betreffs einiger hiesiger Tagesblätter, welche zur Herstellung ihrer Zeitung Hilfsarbeiter statt gelernter Buchdrucker benutzten, durch Intervention des Gauvorstandes geregelt wurden; auch in den gemeldeten äußeren Angelegenheiten soll Abhilfe geschaffen werden. Nach Erledigung weiterer interner Angelegenheiten ging der Vorsitzende zur Besprechung über den ersten internationalen Maschinenmeistertag in München über. In seiner Eigenschaft als Delegierter gab Redner die marfantersten Stellen aus diesem Berichte bekannt, an den sich eine rege Diskussion angeschlossen. Alle Diskussionsredner waren mit den Ausführungen, welche Kollege Hesselbarth in München gemacht hatte, einverstanden, aber mit den angenommenen Resolutionen zu Punkt III: „Maschinenbeziehung“ (zweiter Absatz) und zu Punkt IV: „Gewisses Geld“, nicht zufrieden und erwarteten die Versammlung von der Leipziger Kommission, daß selbige bei den kommenden Beratungen zur Tarifrevision ihren bisherigen Standpunkt nicht aufgibt. Kollege Hesselbarth führte alle Punkte an, unter welsch schwierigen Umständen diese zwei Resolutionen zu-

stande gekommen seien, er habe auch sofort seine Bedenken betreffs der Resolution zu Punkt III (Absatz 2) präzis in Mündigen geäußert. Auch gegen die Resolution zu Punkt IV habe er protestiert und seine Zustimmung nicht gegeben. Weiter gab Kollege Hesselbarth die Erklärung ab, daß er den Standpunkt der Leipziger Kollegen in München voll und ganz vertreten habe und auch in Zukunft nicht davon abweichen werde. Nunmehr erhielt Herr Redakteur Dr. Lenck das Wort zu seinem Vortrage: „Die Arbeiterbewegung im Lichte der wirtschaftlichen Entwicklung.“ Lebhaftes Beifall ertönte Redner für seine Ausführungen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende alle Anwesenden auf, auch fernerhin für guten Besuch der Verbands- sowie der Spezialversammlungen zu sorgen.

Ludwigshafen a. Rh. In der am 20. August im „Brauhauskeller“ in Frankenthal abgehaltenen Bezirksversammlung berichtigte der Vorsitzende Bericht über ein von der Bezirksverwaltung unternommenes Vorgehen, das die Vergebung der amtlichen Druckfaden an nur tariffreie Druckereien im Auge hatte und auf den Erlaß der bayerischen Ministerien in dieser Sache hinwies. Diese Eingabe wurde an das Landgericht Frankenthal, das Hauptzollamt Ludwigshafen, die Direktion der pfälzischen Eisenbahnen, an die Bezirksämter, Notariate, Amtsgerichte, Bürgermeistereiämter, Rentämter, Gerichtsvollziehereien usw. des ganzen Bezirks und darüber hinaus versandt, ohne jedoch den erhofften Erfolg erzielt zu haben. Von den über 40 versandten Eingaben wurden nur sechs zum mindesten beantwortet, während sich das Bürgermeistereiamt Großkarlbach dahin äußerte, daß es seine Druckfaden vom Bürgermeister und Tarifignoranten Friederich kostenfrei geliefert bekomme. Das Notariat Grünstadt bemerkte, daß es von jener von der Firma Sommer dortselbst seine Druckfaden bezogen und keine Veranlassung hätte, diese Sachen nun anderwärts drucken zu lassen. Doch ist diesen Herren vielleicht noch auf andre Weise beizukommen. Hauptächlich waren es die Firmen Emil Sommer-Grünstadt, Gg. Friedr. Friederich-Großkarlbach, Emil Thieme-Kaiserslautern und Karl Thieme-Kirchheimbolanden, auf die in der Eingabe als nicht tariffrei hingewiesen wurde. Zu geeigneter Zeit dürfte es sich nochmals empfehlen, diese Herren in der beschriebenen Weise beizukommen zu suchen. Leider sind wir bei diesem Vorgehen ganz auf uns selbst angewiesen, da die bei diesen Firmen beschaffigten Gehilfen jeder diesbezüglichen Klärung aus dem Wege gehen und es vorgehen, lieber zehn bis elf Stunden und noch länger zu „arbeiten“, um dann am Samstag mit 12 bis 20 Mk. abgepreßt zu werden. Zu einer nochmaligen Agitation unter denselben wurde Gauvorsitzer Fuchs gewonnen. Hoffen wir, daß auch diese Kollegen sich endlich aufraffen, um durch ein geschlossenes Vorgehen zu erreichen, was dem einzelnen nicht möglich ist. Der jetzige Kassierer Lampe ist vor einiger Zeit in die Verwaltung der Ortskrankenkasse berufen worden. Dieser Berufswechsel macht es ihm unmöglich, die Kassengeschäfte weiter zu führen, und wurde an seine Stelle Kollege August Endemann gewählt. Nach Erledigung der Tagesordnung erlaubten sich die Teilnehmer noch einige fröhliche Stunden, wobei die Gesangsabteilung Ludwigshafen unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn K. Welbe vom Hoftheater-Mannheim, einige gut zu Gehör gebrachte Chöre vortrug.

Reichenbach i. B. Den bereits gemeldeten Zustand bei der Amtsblattrederei Haun & Sohn hier hatte eine vom Kartelle einberufene Deffentliche Gewerkschaftsversammlung zum Thema, die von etwa 400 Personen besucht war. Vom Gutenbergsbunde war Köhler-Berlin anwesend, ferner unser Gauvorsitzer Büchner und Kollegen aus Plauen und Jützdau. Die Ursachen des Streiks, die schon lange eines Eingreifens bedürftig hätten, liegen nicht in der allzu beschreibend spottenden Arbeitsverhältnissen bei dieser Firma, deren Inhaber sich durch dieselben zu Millionen entwickeln konnten. Wie schon mitgeteilt werden Löhne von 13,50 bis 21 Mk. gezahlt; zehnwundeinhalbstündige Arbeitszeit, untaffelmäßige Bezahlung und Injurierung der bundesrätlichen Bestimmungen (so ist unter anderem nur ein Abort für männliche und weibliche Arbeiter vorhanden), ungenügende Säuberung des Lokals, dies alles zeichnet diesen „Musterbetrieb“ aus, dazu kam aber jetzt noch eine Arbeitsordnung, welche die Firma diktatorisch einführen wollte. Diese Arbeitsordnung umfaßte nicht weniger als zweihundertfünfzig Paragraphen in 134 Absätzen und insgesamt 560 Druckzeilen. Ein Paragraph handelt von den Rechten der Arbeiter, während die anderen die Pflichten derselben festsetzen, so daß der Arbeiter stets und ständig der Gefahr der Ueber-tretung und Bestrafung ausgesetzt wäre. Als nun das Personal um Milderung dieser Arbeitsordnung durch zwei Vertreter und gleichzeitig um Regelung der tariflichen Verhältnisse ersuchte, wurden diese zwei Vertreter gemahregelt, worauf die übrigen Seper bis auf fünf sich mit den Gemahregelten solidarisch erklärten. Die Firma versteht sich aber auf ganz eigenartige Weise zu helfen, um die Zeitung auch nur einigermaßen herauszubringen: sie bringt bereits früher gebrachte und festgelegene oder stereotypierte Artikel einfach ein zweitesmal! Die Schuld an den traurigen Verhältnissen dieser Amtsblattrederei wie überhaupt in Reichenbach liegt nicht an der organisierten Gehilfenschaft, denn von seiten des Verbandes ist fortwährend der Versuch zu einer Milderung gemacht worden, aber ohne Erfolg. So mußten bereits 1890 sechs Kollegen diesen Komitempel verlassen, 1898 wieder acht Verbandsmitglieder, und danach war es nicht mehr möglich, dort Fuß zu fassen. Die Gewerkschaftsversammlung nahm

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

nach lebhafter Aussprache einstimmig eine Resolution an, in welcher den Ausschüssigen die Sympathie der Arbeiterschaft versichert und der Stadtrat zu Reichsbank aufgefodert wird, in Zukunft dem Vorgehen verschiedener Ministerien zu folgen, Druckerarbeiten nur in solchen Druckereien herstellen zu lassen, die den zwischen Prinzpalen und Gehilfen des ganzen Deutschen Reiches vereinbarten Tarif anerkannt haben. Ferner wird die Amtshauptmannschaft ersucht, dem „Tageblatt und Anzeiger“ den Charakter eines Amtsblattes so lange zu entziehen, bis die Firma den deutschen Buchdrucker tarif anerkannt hat. In die Einwohnergesellschaft Reichsbanks wird das Ersuchen gestellt, bei Druckaufträgen nur Tarifdruckereien zu berücksichtigen.

Rudschau.

Der Faktor Ernst Hübsch in Berlin! Zu diesem Artikel in Nr. 98 des „Corr.“ schreibt uns die Firma W. Bobach & Co. in Berlin: „In Ihrer Nummer 93 vom 24. August 1905 finden wir einen Artikel auf Seite 3, in dem Sie sagen: „Zur Aufklärung unserer Leser sei mitgeteilt, daß das Hauptgeschäft dieser Firma in Leipzig, und in Berlin sich lediglich eine Filiale desselben befindet.“ Wir erwidern Sie auf Grund des Preisgesetzes, an derselben Stelle in der nächsten Nummer folgende Berichtigung zu bringen: Laut Eintragung in das Handelsregister befindet sich das Hauptgeschäft der Firma W. Bobach & Co. seit Jahren in Berlin und ist das Leipziger Geschäft eine Zweigniederlassung. Wir möchten Ihnen raten, bevor Sie derartige Sätze in Ihrer Zeitung zum Abdruck bringen, sich an maßgebender Stelle zu erkundigen, wobei Sie wohl auch gleich gesehen hätten, daß Herr Oskar de Nagre geschäftsführender Teilhaber der Firma mit dem Wohnsitz in Leipzig und Herr Max Bode geschäftsführender Teilhaber der Firma mit dem Wohnsitz in Berlin ist. Hochachtungsvoll W. Bobach & Co.“ (Diese Berichtigung rennt offene Türen ein, denn was kümmert uns im Falle Hübsch, ob das Verlagsgeschäft dieser Firma in Berlin oder Leipzig Haupt- oder Zweigniederlassung ist. Es geht doch aus unserem Artikel hervor, daß wir von der Buchdruckerei Bobach sprachen, weil nur für diesen Zweig der Hübsch für uns in Betracht kommt. Und da das Hauptgeschäft (Buchdruckerei) sich in Leipzig befindet, so ist unsre Behauptung auch richtig. Wir hatten also durchaus nicht nötig, uns erst „an maßgebender Stelle zu erkundigen“ über eine Sache, die für jeden, der darin klar sehen wollte, auch klar war. Redaktion.)

Uch ein Nachwort! In unsrer Replik, die wir in Nr. 96 der Erwiderung des Herrn Steiner-Paris folgen ließen, wird auf der ersten Seite, dritte Spalte, zehnte Zeile von unten, gesagt, daß er sich uns gegenüber als Gründer der deutschen Portefeuilleorganisation bezeichnet habe, deren Organ er mehr als vier Jahre redigiert haben will.“ Herr Steiner macht uns darauf aufmerksam, daß er uns geschrieben habe: „... vor mehr als vier Jahren“ usw. Das ist richtig; der Irrtum entstand dadurch, daß wir das Wortchen „vor“ für „war“ gelesen hatten. Wir kommen dem Wunsche des Herrn Steiner nach und berichtigen unsern Irrtum, der in der veröffentlichten Polemik natürlich nur ganz nebensächlich, untergeordneter Natur ist. Da Herr Steiner aus „Reinlichkeitsgefühl“ es ablehnt, in der Sache selbst uns zu erwidern, sind somit die Älten über diesen Fall geschlossen, zumal wir nicht Schuld daran tragen möchten, daß das reinliche, schwanenweiße Feder des Pariser Unschuldswinkels durch einen auch noch so kleinen Fleck verunstaltet wird. Die achtstündige Arbeitszeit eingeführt hat die Drucker Karl Wiehmann in Pantow bei Berlin.

Wegen Längerbeschäftigung eines Lehrlings unter 16 Jahren wurde der Buchdruckereibesitzer Moritz Jacob, der Herausgeber des „Wüstegiersdorfer Grenzboten“, von der Strafkammer in Schweidnitz zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der betreffende Lehrling wurde von J. länger als zehn Stunden beschäftigt, auch sind ihm die vorgeschriebenen Pausen nicht richtig gewährt worden. Vom Schöffengericht war dieser freilichzeitig Zeitungsherausgeber freigesprochen worden, das Landgericht stellte sich jedoch auf den sehr richtigen Standpunkt, daß eine derartige ungesetzliche Ausnützung einer Lehrlingskraft nicht ungestraft bleiben dürfe.

Durch gemeinsames Vorgehen haben die drei Zeitungsherausgeber in Heilbronn a. N. erreicht, daß ihnen von jetzt an von der Stadt je 1000 Mk. im Jahre für die Aufnahme der städtischen Anzeigen bezahlet werden, die sie bis jetzt unentgeltlich aufgenommen hatten. Der abgeschlossene Vertrag gilt auf die Dauer von fünf Jahren.

Thomas Theodor Heine hat uns mit seinem genialen Stifte im „Simplissimus“ Kulturbilder aus dem dunkelsten Deutschland gezeichnet, die in ihrem kraftfrohen Realismus oft mehr abschrecken, denn erschüttern. Im Kulturstaat Preußen passieren aber in

der Wirklichkeit noch weit entsetzlichere Vorgänge. Ein solcher Fall ereignete sich jüngst in Kaputh. Es ist eine schreckliche Illustration von dem Elende auf der Landstraße, einem reisenden Handwerksburschen fällt die Rolle des tragischen Helden in dieser schaurigen Episode zu. Ein Obsthändler in Kaputh, einem kleinen Orte unweit Berlin und Potsdam, wird eines Nachts durch lautes Rufen geweckt. Als er auf den Hof hinaustritt, wird er auf dem Stallbade einen Menschen gewahr, der wirre Reden führt. Der Nachtwandler wird heruntergeholt: es ist ein armer, vom Fieberwahn geplagter Mensch. Zufällig passiert der Gutsbesitzer noch die Straße. Derselbe gibt den höchst einfachen, aber um so nimmenschlicheren Rat, den Kranken in einen Stall zu zerren. Der Herr Gutsbesitzer ist wie alle Agrarier eben ein Gemütsmensch. Was nicht feinesgleichen, rangiert nicht unter den Menschen, also ist der Viehstall das geeignetste Quartier. Der Obsthändler hat jedoch etwas Mitgefühl mit dem Kranken und weist deshalb den gutsherrlichen Quartierschein auf den Stall entschieden zurück. Unter Opferung von einer ganzen Mark und mit dem weiteren netten Räte, den fremden Kranken in einem Gasthause unterzubringen, befreite sich dann der Besitzer des Gutes, dem das Gleichnis von dem barmherzigen Samariter ein unbekanntes Kapitel ist, aus der unangenehmen Situation und zog von dannen. Daß ein Gastwirt sich eines Menschen in der Verfassung annehmen würde, war ganz ausgeschlossen, und so traten denn der Obsthändler und dessen Begleiter mit dem Fieberkranken eine ziellose Wanderung an, bis sie des Nachtwändlers habhaft wurden. Der trummelte allgoleich den Ortsvorsteher aus dem Schlafe und trug ihm den verzwickten Fall vor. Der Dringewaltige kam schließlich zu dem salomonischen Urteile, der Fremde müßte über die Ortsgrenze, d. h. über die Havel, abgeschoben werden. Ob nun die Einfalt oder die Gewissenlosigkeit bei diesen ländlichen Bewohnern größer gewesen, bleibt eine offene Frage; Tatsache ist, daß man den in Fieberdunst gebadeten reisenden Handwerksburschen, statt in das nur eine halbe Stunde entfernte Krankenhaus zu schaffen, in der nächsten Kühle über die Havel setzte! Während der Ueberfahrt rebete der Kranke das konjunkte Zeug. Dann wurde er am andern Ufer ausgesetzt; doch kaum war dies bewerkstelligt, so sprang er in die Havel — und ertrank. Die Leiche schwamm am Ufer des Schwielowsees an! Dort lag sie fünf Tage, und hätten nicht die am Bau der Kaputher Eisenbahnbrücke beschäftigten Arbeiter sich geweigert, bei dem der Leiche entfernenden starken Beweßungsgrunde weiter zu arbeiten — also zwecks Begleichung des Leichnams eine regelrechte Streikandrohung! —, so wäre eventuell noch einige Zeit vergangen, bis die beteiligten Verwaltung- und Gerichtsbehörden sich darüber einig geworden wären, wenn die Fortschaffung und Beerdigung der Leiche obliege. Vergleichlichen skandalöse Kompetenzreitigkeiten sind in dem „an der Spitze der Zivilisation marschierenden“ Deutschland ja keine Seltenheit. Was geschieht nun mit den Leuten, die den Tod dieses fünf- und zwanzigjährigen Handwerksburschen (der wenige Tage zuvor noch in Trennenbrühen in voller Gesundheit seine Papiere hatte stempeln lassen zum Beweise, daß er sich um Arbeit bemüht) dadurch verschuldet haben, daß sie ihn nicht in das nächste, gar nicht so entfernte Krankenhaus brachten? Das eine wie das andre ist eine himmelschreiende Anklage gegen unsre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, gegen den Kulturstand und gegen die öffentliche Gesundheitspflege bei uns, wie sie wichtiger nicht erhoben werden kann. In einem Staate, wo mit dem Leben eines wandernden Arbeiters so grenzenlos leichtfertig verfahren, wo ein toter Mensch wie Mas behandelt wird, da stehen Kultur, Humanität und Gerechtigkeit auf einer sehr niedrigen Stufe. So ist Preußen-Deutschland in der Welt voran!

Bei Streiks und Ausperrungen zeigt es sich des öfters, welche Gefahren durch Gehenlassen der Dinge für die Arbeiter heraufbeschworen werden, und zwar durch die Arbeiter selbst. In einer Hannoverischen Maschinenfabrik sind jetzt die dort beschäftigten 60 Metallarbeiter ausständig geworden, deren Arbeit nun von den in diesem Betriebe vorhandenen 41 Lehrlingen weiter verrichtet wird. Bisher hatten die Arbeiter dieser schrecklichen Lehrlingswirtschaft tatlos zugehauen, nun haben sie selbst die Folgen dieses indifferenten Verhaltens zu dulden. Also immer beizeten eingegriffen und nicht erst, wenn sich die Tür hinter dem letzten austretenden Manne geschlossen hat!

Das Einmischen der Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern fordert im allgemeinen, in einzelnen Fällen aber ganz besonders scharfen Protest heraus. In Koburg, allwo ein Streik der Maurer nun schon neun Wochen dauert, und keine einzige Ausschreitung der Polizei zu scharfem Auftreten Anlaß gegeben hat, wurde ein Mann, der Hausbesitzer und Gewerbetreibender ist, eines Morgens um 4 Uhr durch drei Polizeibeamte aus dem Bette heraus verhaftet. Am andern Morgen wurde, ebenfalls aus An-

laß des Streiks, ein Maurer verhaftet und geschlossen durch die Straßen geführt. Die Polizei ist bekanntlich die überflüssigste und ungeeignetste Körperkraft in Zustandsangelegenheiten; im Reichstage wie in den Einzelstaaten müßte ihr das noch weit mehr klar gemacht werden. Ferner ist es notwendig, daß auch für unbedingte Haftbefahrungen durch die Polizei Entscheidung gesucht werden muß. Die Polizei soll ihre Nase mehr in kriminelle Sachen stecken, auf diesem Gebiete sind die errungenen Vorbeeren wirklich nicht allzu reichlich.

Große Unklarheit besteht über die Anwendbarkeit der §§ 124b und 134 Abs. 2 der Gewerbeordnung in bezug auf vertragsbrüchige Arbeiter. Nach § 124b kann nämlich der Arbeitgeber von einem Gesellen oder Gehilfen, der rechtswidrig die Arbeit verläßt, eine Entschädigung verlangen, die dem ortsüblichen Tagelohne gleichkommt. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden, wird sie aber geltend gemacht, so kann ein weiterer Schadenersatz nicht beantragt werden; auch kann die Buße im Höchstfalle nur für die Dauer einer Woche verlangt werden. Der § 134 Abs. 2 besagt aber, daß für Fabriken, welche in der Regel mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, der § 124b keine Anwendung findet. Hier kann also eine Entschädigung für das rechtswidrige Verlassen der Arbeit nur gefordert werden, wenn ein Schaden nachgewiesen wird. Allerdings kann nach § 134 Abs. 2 ein Fabrikbesitzer für einen solchen Fall auch die Verwirkung des rückständigen Lohnes bis zum Betrage des durchschnittlichen Wochenlohnes ausbedingen. Mangels einer solchen Ausbedingung könnte also nur unter Führung des Schadennachweises durch den Unternehmer gegen einen Arbeiter wegen Kontraktbruches geklagt werden. Das Landgericht I in Berlin hob kürzlich ein verurteilendes Erkenntnis des Berliner Gewerbegerichtes auf, indem es die beklagten Klemperergesellen unter den § 134 Abs. 2 rubrizierte, weil es sich um einen Betrieb handle, in dem mehr als 20 Arbeiter beschäftigt werden. Die Bezeichnung Klemperergesellen rechtfertigt allein nicht die Unwendbarkeit des § 124b der Gewerbeordnung. Daß verschiedentlich Gewerbegerichte nur den letztgenannten Paragraphen in solchen Fällen heranziehen, liegt an der Unklarheit des § 134 Abs. 2, der nur schwer in das richtige Verhältnis zu § 124b gebracht werden kann.

Eine bedauerliche Aenderung nahm die Allgemeine Arbeitsnachweisanstalt in Köln in ihrem Statut vor. Bis jetzt galt nämlich die Bestimmung, daß bei Streiks und Ausperrungen der städtische Arbeitsnachweis für die betroffene Firma resp. den beteiligten Betriebszweig geschlossen blieb. Jetzt hat man diesen Passus aber dahin geändert: „Die Arbeitsuchenden, die auf eine durch ArbeitsEinstellung oder Ausperrung frei gewordene Stelle gesichtet werden, sind von diesem Umfange in Kenntnis zu setzen.“ Mit solchen Aenderungen wird die so notwendige Unparteilichkeit bei wirtschaftlichen Konflikten ausgegeben und dem Mißtrauen gegen die nützliche Errichtung der kommunalen Arbeitsnachweise Tor und Tür geöffnet.

Ein recht eigenartiges Mittel zur Vinderung der Fleischnot wollte ein Polizeirat in Ulm im Interesse der ärmeren Bevölkerung angewandt wissen. Er machte nämlich in der Gemeinderatsitzung den Vorschlag, einen Apparat anzuschaffen, in welchem das zum Verkaufe in der Freibant nicht mehr taugliche Fleisch „gebünstet“ werden solle, damit die ärmere Bevölkerung zu einem billigen Fleischgenusse kommen könne. Die Mehrzahl der Gemeinderäte befanden sich noch zur rechten Zeit, wodurch die wackeren Schwaben weit und breit so berühmt geworden sind, und lehnten den weisen Vorschlag des Herrn Polizeirates ab. Es wurde aber beschlossen, mit solcher Fleischbünstung einmal eine Probe zu machen. Hoffentlich wird der Polizeirat zu einem Probeessen und dann zur Fällung des Gutachtens bestimmt. Wir wünschen ihm geeignete Maßzeit im voraus.

Die Preissteigerung der anderen Lebensmittel nimmt ebenfalls ihren Fortgang. In Berlin ist nicht nur eine weitere Erhöhung der Fleischpreise angekündigt worden, sondern auch für Butter, Geflügel, Fisch und Seefische, ja selbst für Kartoffeln werden Preisserhöhungen gemeldet. Für Butter soll die Erhöhung 15 bis 25 Proz. ausmachen; die niedrigsten Preise für Tafelbutter sind 130 und 140 Pf., für Kochbutter 110 bis 120 Pf. Wie in Berlin, so ist es überall: keine Abweichungen, im ganzen aber allgemeine Teuerung. Was soll da erst werden, wenn der Buchertarif uns mit seinem Unsegen erdrückt?

Die Folgen der Fleischteuerung machen sich auch noch auf anderen Gebieten geltend. Die Vereinigungen der thüringischen, sächsischen und mitteldeutschen Lederfabrikanten geben nämlich bekannt, daß wegen des geringen Viehfleischpreises die Hautpreise stark in die Höhe gehen. Dadurch sehen sie sich genötigt, die Lederpreise um 3 bis 5 Mk. pro Zentner heraufzusetzen. Folglich wird das Schuhwerk teurer, was auch wieder die Arbeiter am schwersten trifft.

Bei der Firma H. Fuhrer in Berlin sind die Lithographen ausständig geworden. Bei Paul Finkenrath daselbst werden die Lithographen in den Streifen, weil diese Firma die Vorarbeiten einführen will. — In Fürth streifen 1500 Holzarbeiter und Bildhauer, auch die Hirsch-Dunderianer und die Christlichen haben die Arbeit mit niedergelegt. — Der Zustand der Holzarbeiter in Köln gewinnt an Ausdehnung; die Christlichen, welche anfänglich sich an dieser Aktion beteiligten, sind nun fahnenflüchtig geworden.

Briefkasten.

Anonymous in Magdeburg: Sie müssen ja ein ganz naives Menschenkind sein, wenn Sie glauben, wir würden von Ihnen und ohne Namensbekennung mitgeteilte Vorgänge aus einer dortigen Druckerei zum Gegenstande einer von uns ausgehenden Kritik machen. Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann schreiben Sie darüber unter „Korrespondenzen“ und treten gefälligst mit Ihrer Person für die Wahrheit ein. — M. K. in Halle i. W.: Vielen Dank bezüglich Ihrer Mitteilungen über Brademann. Es würde nicht schaden, wenn Sie Ihr Vorhaben ausführten. Von M. und B. haben bis jetzt nichts mitgeteilt erhalten. Da können Sie sehen, wie man die Redaktion in solchen Fällen „unterstützt“! — P. B. in London: Selbstverständlich. Ihre Gedankenmaschinerie ist wohl durch den Umgang mit dem „Generalstab“ etwas in Unordnung geraten? Hoffentlich in des Wortes verweigerter Bedeutung „gut gelandet“! Freundl. Gruß! — R. E. in Leipzig: Wird aufgenommen. — J. K. in Mainz: 2,25 Mk. — F. W. in Friedberg: Unseres Wissens ist es eine Tuchfabrik. — R. B. in Wiesbaden: Wenden Sie sich an den Kollegen A. Küttner, Leipzig-R., Eisenbahnstraße 11. — Th. in Dresden: Maschinenheger sind keine Spezialarbeiter im Sinne des § 38 Abs. 2 des Tarifes. — A. B. in Wittenberge: Ja; Sie wollen aber hierüber den letzten Absatz im § 40 des Tarifes recht genau beachten. — N. in Chemnitz: Besten Dank! Werden sehen, ob wir die fraglichen Nummern erhalten können.

Verbandsnachrichten.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 6. September, abends 8 1/2 Uhr: Vereinsversammlung im Gewerkschaftshause, Engelfischer 15.

Bezirk Altenburg. Sonntag den 17. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet eine Bezirksversammlung in Schmölln im „Vesuvius“ statt. Anträge wollen man bis zum 8. September beim Vorsitzenden einreichen. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Bezirk Beuthen (D.-Schl.). Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet am 1. Oktober in Beuthen (D.-Schl.) im Hotel „Weißer Adler“ statt. Anträge sind bis zum 18. September an den Vorsitzenden einzureichen. Die Tagesordnung wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Dortmund. Infolge Rücktritts des Vorsitzenden und Kassierers wegen Krankheit resp. Abreise von Dortmund wurden folgende Kollegen neu gewählt: August Schippers, Braunsdweigerstraße 27, Vorsitzender; Anton Keller, Münsterstraße 110, II, Kassierer.

Bezirk Godesheim. Die nächste Bezirksversammlung findet am 24. September in Einbeck statt. Anträge sind bis zum 16. September beim Vorstände einzureichen.

Bezirk Hirschberg i. Schl. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 24. September in Liebau i. Schl. statt. Anschließend daran: Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Anträge sind bis zum 10. September an den Vorsitzenden E. G. Mehnert, Markt 9, zu richten. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern schriftlich zu.

Bezirk Jena. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 24. September in Blankenburg im Hotel „Weißes Roß“ statt. Etwaige Anträge sind bis zum 10. September an den Vorsitzenden einzuzeigen.

Bezirk Meisse. Wir geben hiermit bekannt, daß in der Buchdruckeri Bar & Schraffanet in Leobschütz ein Konflikt ausgebrochen ist.

— Infolge längerer Abwesenheit des Vorsitzenden sind bis auf weiteres alle Sendungen an den Kassierer G. Woywod in Meisse, Kaiserstraße 8, IV, zu richten.

Bezirk Wiesbaden. An Stelle des zurückgetretenen wurde folgender Bezirksvorstand gewählt: Frz. Bager, Rheingauerstraße 3, erster Vorsitzender; Wilh. Keller, zweiter Vorsitzender; Franz Vertina, Schachtstraße 24, Kassierer; Georg Ziger, erster Schriftführer; Jean Guegnagel, zweiter Schriftführer; Krauth und Rhine-Wiebrich, Beiziger; Wilh. Studer und Wilh. Strittler, Bibliothekare.

Arbeitslosenunterstützung.

Beuthen (D.-Schl.). Die Reisekasse übernimmt am 1. September Kollege Viktor Schwab, Rietarstr. 57, II. Das Reisegeld wird an Wochentagen von 6 bis 7 abends und an Sonntagen von 11 bis 12 Uhr vormittags ausgegahlt.

Weimar. Für den Seher Heinrich Perst aus Reichenberg i. V. liegt ein Brief beim Reisekassenverwalter E. Kölsch, Gläserstraße 9.

Tarifant der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: J. G. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Dritter Nachtrag.

I. Kreis.

Bornhöved: Dohse, Gustav.
Borlingen: Lindemann, F. G.
+ Schaeffel: Harmjen, Nikolaus.

II. Kreis.

Aachen: Biner, J. B.; Geulen & Nebe.
Koblenz-Neuendorf: Dähler, A.
Drensteinfurt: Fels, Heinrich.
Essen (Ruhr): Daube, Konrad.
Gelsenkirchen: Schmidt & Schubert.
Hamm i. W.: Hammer Zeitungsgesellschaft, G. m. b. H.
Mülheim a. Rh.: Wingenbörsche Buchdruckeri.
Münster i. W.: Westfälische Vereinsdruckeri.

IV. Kreis.

Durlach: Mattern, August.
Kaiserslautern: Kohn, Alexander.

V. Kreis.

Kugsburg: Heiligenseher & Pingenvoller; Schroff, R.
Lechhausen: Robert, Josef.
Schrobenhausen: Pfiff, Johann.

VI. Kreis.

Aschersleben: Karl Weiß Nachf., Aug. Felix.
Magdeburg: Reinicke & Rubin.

VII. Kreis.

Dresden: Miedelsche Buchdruckeri.
Niederseebitz: Frey & Sommerlad

VIII. Kreis.

Berlin: „Deutsche Tageszeitung“, A.-G.; Lange, Albert;
Benglowitz, Leopold.
Fürstenwalde: Jänisch, Franz.

IX. Kreis.

Nemel: Schenke, Johannes.
Straßund: Herrguth, Kurt.

Arbeitsnachweis in Gotha. Verwalter: Hugo Langloß, Rempsterstraße 4.

Schiedsgericht Halberstadt. (Gehilfenwahl.) Otto Jatz, Max Genth, Fritz Benede als Mitglieder; R. Treff, R. Frost und A. Dietrich als deren Stellvertreter.

Berlin, 27. August 1905.
Georg W. Bürgenstein, L. G. Giesede, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Für größere Stereotypie in Wien wird ein **tüchtiger Fachmann** sowie ein tüchtiger, jüngerer **Galvanoplastiker** mit besten Referenzen gesucht. Werte Offerten unter Nr. 650 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

König & Bauerische Schnellpresse
60: 97 cm, gut erhalten, sofort für den billigen Preis von 2100 Mk., sowie gebraucht, sehr gut erhaltenen achtzylinderigen Gasmotor für den billigen Preis von 2000 Mk. gegen Kasse zu verkaufen.
K. A. Kluge, Leipzig, Rochstr. 48. [650]

Photogr. Apparat, G. 9, mit Zubehör, wenig benutzt, ist preiswert zu verkaufen. Karl Grassinger, Schriftl., Maltersdorf, Ndb.

Tüchtiger Höhehobler und Schriftgießer für Küstermannsche Komplettmaschine gesucht.
F. John Söhne, Schriftgießerei, Hamburg.

Jüngerer, flotter Schriftgießer
(In ungezügelter Stellung) wünscht sich zwecks weiterer technischer Ausbildung in Kaffiner Druckerei zu veranlassen. Werte Offerten unter J. H. 2028 postlagernd Bauhaus erbeten.

Jüngerer, tüchtiger Inseratenseher
wünscht sich bis zum 18. September zu veranlassen. Werte Offerten mit Gehaltsangabe unter H. H. 8 postlagernd Döbeln erb. [658]

Tüchtiger Maschinenmeister sucht sofort oder später Engagement. Werte Offerten unter Nr. 646 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man: **Anleitung zur Stereotypengießerei in Gips- und Papiermatrizen.** 3 Mk.



Paul Lindner, Leipzig-R., Täubchenweg 62.

Hygienisch wertvoll! Präpariert!!! Schutzkittel für Setzer!!!



Maschinenmeisteranzüge
Echt Indigoblau: H-Tuch 3,50 Mk., H-Leinen 4. — Mk., Körper 5 Mk., Pilot 5,50 Mk., Pilot extra 6,75 Mk.
Vorrätig: Jackets von 80 bis 108 cm Brustumf.; Hosen von 80 bis 108 cm Buntw. und 70 bis 84 cm Schrittlänge. Aufträge von 15 Mk. franko.
Größere Posten billiger. Prospekt fr. Leipzig-R., [661] Täubchenweg 16.

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen: **Anhang zum Tarife** von Konrad Schiller, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Bei Wortschneidung man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beifügen.

Ortsverein Essen. Samstag den 2. September, abends 9 Uhr, im Vereinslokale **Janus**, Rottstraße: **Feier der 25jährigen Verbandsjubiläum** der Kollegen **Friedrich Koch** und **Heinrich Schrörs**, beides in **Kommers** mit anschließendem **Sanktbräuhessen**. — Eintritt frei. — Alle auswärtigen Freunde der Jubiläre sind hierzu freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.** [657]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein Sitz Berlin.
Sonntag, 3. Septbr., vormittags 10 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelfischer 15: **Versammlung.**

T. D.: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuannahmen; 3. Lednichtiges; 4. Beschloßenes.
Die Herren Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die photographischen Aufnahmen anlässlich des Ausfluges nach Springeberg festgelegt sind. [656]
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. **Der Vorstand.**

Maschinensetzervereinigung Gau Dresden. Sonntag den 3. Septbr., vorm. 1/2 11 Uhr: **Monatsversammlung** in „Adams Restaurant“. [654]

Dresden. Sonabend den 2. Sept., abends 1/2 9 Uhr: **Versammlung** der **Gauvereinsmitglieder** im großen Saale des Hofshauses. [648]
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Dresden Buchdruck-Masch.-Vereln. Dresden Sonntag den 3. September, vormittags 11 Uhr: **Monatsversammlung** im Vereinslokale. — In dieser Versammlung gelangen die Hefte: „Aus der Praxis des Mehrfarbendruckens“, „Die Farben und ihre Töne“ sowie die Bilder von der Gauparte zur Ausgabe. **Der Vorstand.** [647]

Zwickau. Sonabend den 2. September, abends punkt 1/2 9 Uhr, im Vereinslokale: **Monatsversammlung.** Wichtige Tagesordnung, u. a.: Der Buchdruckerfreit in Reichendach. Sonntag den 3. September, vormittags 11 Uhr, im selben Lokale: **Ausstellung der Jubiläumsschriftgedenken.** [653]
Um zahlreiches und pünktliches Besuch bitten **Der Vorstand.**

Mainzer Typographia Lokalverein der Mainzer Buchdrucker, begr. 1868.
Den Kollegen der umliegenden Druckorte hiernit zur gef. Kenntnis, daß Sonntag den 3. September, vormittags von 1/2 11 bis 1 Uhr, eine **Gemeinschaftliche Besichtigung** des **Gutenbergmuseums** durch die **Typographischen Gesellschaften der umliegenden Orte** unter Führung des Oberbibliothekars Herrn Professor Dr. W. Belfe, dem Leiter des Gutenbergmuseums, stattfindet, wozu an alle Kollegen Einladung ergeht.
Für nicht angemeldete Kollegen Treffpunkt im Vereinslokale „Brauhaus zum Gutenberg“ (Stranzlauerstraße). [655]
Einer zahlreicheren Beteiligung steht entgegen. Mit toll. Gruß **Der Vorstand.**

Am 21. August verstarb unser liebes Mitglied, Kollege **Otto Ewald.**
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Liedertafel Gutenberg von 1877 Hamburg. [658]

Am 24. August verstarb nach langem, schweren Leiden unser liebes Mitglied **Herm. Biermann**
im Alter von 28 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren halten [663]
Der Maschinenmeisterverein Stuttgart.

Richard Härtel, Leipzig-R. (Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43
Hefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postaufweisung erbeten. **Stil und Ornament im Klaidensage.** Von Herrn. Hoffmeister. 1 Mk. **Krauß, Gutenberg, Festspiel.** 50 Pf.